

Parteigemäße Atmosphäre

Die Historiker der Deutschen Demokratischen Republik haben die hohe Aufgabe zu erfüllen, die Friedensoffensive der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in Westdeutschland zu unterstützen und so zur Realisierung des grandiosen Siebenjahresplanes beizutragen. Das erfordert eine neue Qualität der Arbeit. Das erfordert die Mitarbeit aller Genossen der Grundorganisation Historische Institute als Gesamtheit. Aber ohne eine klare politisch-ideologische Basis ist die Erhöhung der wissenschaftlichen Ergebnisse und ihres unmittelbaren Einwirkens auf den politisch-ideologischen Kampf der Partei nicht möglich.

Genosse Walter Ulbricht, der auf dem 6. Plenum des ZK unserer Partei die hohen Ziele des Siebenjahresplanes begründete, unterstrich das mit aller Eindringlichkeit: „Es kommt jetzt darauf an, daß die Parteiorganisationen unverzüglich gegen alle Unzulänglichkeiten und Fehler, die bei der Durchführung der gestellten Aufgaben auftreten, kämpfen und durch ihre zielstrebige Parteiarbeit der Selbstzufriedenheit und Sorglosigkeit in der Arbeit von Staats- und Wirtschaftsorganen keinen Platz mehr lassen.“

Diese zielstrebige Arbeit zur Lösung der Aufgaben des Siebenjahresplanes wurde bei uns an der Grundorganisation durch wesentliche Mängel in der Parteiarbeit behindert. Einige Genossen hatten die Tatsache unterschätzt, daß der Klassengegner mit allen schmutzigen Mitteln versucht, unseren Aufbau zu sabotieren. Die Prinzipien der revolutionären Wachsamkeit wurden vernachlässigt. Andere Genossen waren durch gewisse Erfolge in ihrer Arbeit selbstzufrieden geworden, übten nicht mehr im nötigen Maße Kritik und Selbstkritik, so daß sich eine Atmosphäre des Versöhnertums und des faulen Liberalismus breit machen konnte. Ein Kardinalmangel, die unzulässige Trennung von Wissenschaft und Politik, wurde nicht energisch bekämpft. Es traten Meinungen auf, daß Diskussionen und Auseinandersetzungen im Sinne der marxistisch-leninistischen Kritik und Selbstkritik uns bei der Realisierung der wissenschaftlichen Aufgaben hindern würden. Durch diese unparteigemäße Atmosphäre, die der Klassengegner bewußt auszunutzen, wurde die Kraft unserer Parteiorganisation wesentlich beeinträchtigt.

Die Parteileitung sah ihre Hauptaufgabe darin, die politisch-ideologische Atmosphäre grundlegend zu verändern. In allen Parteigruppen der Wissenschaftler und Studenten wurden daraufhin prinzipielle Auseinandersetzungen über die ideologischen Mängel in der Parteiarbeit geführt. Diese Diskussion hatte das Ziel, das Verhältnis der Genossen zur Partei in Ordnung zu bringen, in alle Gruppen eine konsequente Atmosphäre der Kritik und Selbstkritik hineinzutragen und alle Erscheinungen eines faulen Liberalismus und des Versöhnertums zu beseitigen. Im Mittelpunkt standen die Auseinandersetzungen mit Erscheinungen des Revisionismus. Es gab eine Reihe von Genossen, die die revisionistische Gefahr und den anti-revisionistischen Kampf der Partei für unsere Grundorganisation unterschätzten. Die Diskussionen zeigten den ganzen Ernst der Lage und öffneten den Genossen die Augen über die schweren politischen Verhältnisse, die sich unsere Grundorganisation gerade in dieser Hauptaufgabe der internationalen Arbeiterbewegung hat zu schulden kommen lassen.

In der Parteiversammlung vom 15. 1. 1960 konnte die Parteileitung in ihrem Bericht feststellen, daß die Auseinandersetzungen in den Gruppen der Wissenschaftler und Studenten über die Fehler in der Vergangenheit und deren Ursachen im wesentlichen zum Abschluß gebracht worden sind. Die Grundorganisation, die sich jetzt mit aller Kraft nach vorn orientiert, hat aus den Auseinandersetzungen folgende Schlußfolgerungen gezogen:

1. Die Parteiorganisation wird ihren Aufgaben im ideologischen Kampf und in der wissenschaftlichen Arbeit nur dann gerecht, wenn marxistisch-leninistische Kritik und Selbstkritik an die Stelle von faulem Liberalismus und Versöhnertum treten.

2. Alle Genossen müssen ein aufrechtes und ehrliches Verhältnis zur Partei haben und alle ihre Kräfte für die Durchführung der Parteibeschlüsse einsetzen.

3. In der Parteiorganisation muß die politisch-ideologische Erziehung der Wissenschaftler und Studenten auf ein höheres Niveau gehoben werden. Nur so ist es möglich, Erscheinungen der politisch-ideologischen Inaktivität, die es bei einem kleinen Teil der Genossen gibt, schnellstens zu überwinden.

4. Die Parteiorganisation muß weiterhin einen entschiedenen Kampf gegen die Trennung von Wissenschaft und Politik führen. Die Überwindung derartiger falscher Auffassungen ist ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen den Revisionismus. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit Erscheinungen der Unterschätzung des Klassenkampfes an der Universität sowie der Selbstzufriedenheit und der Ueberheblichkeit.

5. Alle Genossen müssen mit dem Bewußtsein erfüllt werden, daß sie durch ihre wissenschaftliche und politische Arbeit in der gesellschaftlichen Praxis für die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei beim Aufbau des Sozialismus zu kämpfen haben.

Der Parteiorganisation erwachsen in den bevorstehenden Parteiwahlen verantwortungsvolle Aufgaben. Es geht in erster Linie darum, daß alle Genossen beweisen, daß sie an Hand der Auseinandersetzungen die richtigen Lehren für ihre praktische Arbeit gezogen haben und daß sie mit allen Mitteln für die Durchsetzung der nationalen Grundkonzeption in Lehre, Forschung und Studium kämpfen.

Manfred Kossok, Hans Piazza

Planerfüllung – Maßstab der Parteiarbeit

Von Heinz Schmidt, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der UPL

Bis April 1960 finden an der Karl-Marx-Universität die Neuwahlen in den Parteigruppen, Grundorganisationen und Fakultäten sowie der Universitäts-Parteileitung statt.

Die Parteiwahlen werden Zeugnis davon ablegen, inwieweit es den einzelnen Grundorganisationen gelungen ist, die Wende zur konkreten Führungsarbeit zu vollführen. An Hand der Ergebnisse in Lehre und Forschung und bei der Ausbildung und Erziehung der Kader gilt es zu messen, ob die Parteiarbeit erfolgreich war und mit welchen Methoden diese Erfolge erzielt wurden. Die sorgfältige und kritische Analyse der gesamten Parteiarbeit wird uns Aufschluß geben über den politisch-ideologischen Stand der Parteiorganisation an der Karl-Marx-Universität, dessen Auswertung die prinzipielle Klärung der Fragen einschließt. Es geht daher in der Wahlkampagne nicht nur darum, den gegenwärtigen Stand einzuschätzen, sondern die vor uns stehenden Aufgaben zu konkretisieren und ihre Erfüllung zu organisieren.

Im Mittelpunkt der Parteiwahlen muß die Frage stehen: Wie erfüllen wir den Siebenjahresplan? Die gesamte Tätigkeit unserer Parteiorganisation muß darauf gerichtet sein, weitere Fortschritte auf dem Wege zur sozialistischen Universität zu erzielen. Deshalb sind alle Kräfte auf die Verwirklichung des Perspektivplanes der Karl-Marx-Universität zu konzentrieren.

Es geht jetzt darum, im Kampf um ein höheres wissenschaftliches Niveau in Lehre und Forschung schneller voranzukommen, um auf entscheidenden Gebieten das Weltniveau zu erreichen und mitzubestimmen; es gilt die Ausbildung wissenschaftlich qualifizierter und von der Sache des Sozialismus überzeugter Fachleute zu verbessern und unwissenschaftliche Theorien und Anschauungen konsequenter zu bekämpfen. Zur besseren Erfüllung der Lehraufgaben ist darauf hinzuwirken, daß die Lehrpläne den Anforderungen der sozialistischen Praxis in der Perspektive der einzelnen Fachgebiete entsprechen. Es kommt auf dem Gebiet der Lehre vor allem auf eine inhaltliche Verbesserung der Ausbildung an. Bei der inhaltlichen Überprüfung und Veränderung des Lehrstoffes sowie der Lehrmethoden sind die fortgeschrittensten Erfahrungen der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der Universitäten der DDR stärker auszuwerten.

Die gründliche Auswertung der Beratung des Forschungsrates in Leipzig wird uns helfen, die Forschungsarbeit an der Universität weiter zu verbessern und die Hauptentwicklungslinie bis 1973 festzulegen. Die Zweckforschung — die insgesamt einer Erweiterung bedarf — muß sich prinzipiell auf die Lösung von Aufgaben des Siebenjahresplanes konzentrieren. Auch der Zustand der Grundlagenforschung ist gründlich zu untersuchen, und entsprechend den Beschlüssen von Par-

tei und Regierung sind konkrete Festlegungen für die Richtung der Grundlagenforschung auf dem jeweiligen Fachgebiet zu treffen.

Der Perspektivplan der Karl-Marx-Universität sieht auch eine wesentliche Erhöhung der Lehrkräfte bis 1965 vor und darum haben die Grundorganisationen die Pflicht, der schnelleren Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Erziehung des wissenschaftlichen Nachwuchses muß so erfolgen, daß er in seiner Arbeit die Einheit von Lehre und Forschung verwirklicht.

All diese Fragen, die im Mittelpunkt unserer Wahlkampagne stehen, werden wir selbstverständlich gründlicher einschätzen und lösen können, wenn wir die parteilosen Wissenschaftler, die Arbeiter und Angestellten und die in den demokratischen Parteien organisierten Angehörigen der Karl-Marx-Universität in die Vorbereitungen einbeziehen, wenn wir uns mit ihnen austauschen und ihre Gedanken und Vorschläge mit berücksichtigen.

Die Verwirklichung der gemeinsam erarbeiteten Aufgaben im Perspektivplan und die Klarheit über die politische Bedeutung dieser Aufgaben im Kampf gegen die Kriegsbestrebungen der Militaristen und Revanchisten in Westdeutschland ist dafür ein guter Ausgangspunkt.

Die Vorbereitung der Parteiwahlen muß auch einschließen, die Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zu erläutern, ihre Unterschätzung zu überwinden und neue Gemeinschaften zu bilden. Dabei ist zu beachten, daß für die Bildung von Gemeinschaften die Klarheit über die Aufgabenstellung und ihre Bedeutung im Siebenjahresplan die wesentlichste Voraussetzung ist.

Unter den Studenten kommt der Bewegung „Gruppe sozialistischer Studenten“ eine große Bedeutung zu. Es ist notwendig, daß die Gruppen sozialistischer Studenten noch besser um höhere Lernergebnisse ringen und den Kampf um die praxisverbundene Aneignung höchsten Wissens führen. Es ist Klarheit darüber zu schaffen, daß die Studiengruppenarbeit das selbständige und tiefgründige Studium nicht ersetzt, sondern geradezu fördert und weiterentwickelt.

Die Erfüllung der immer größer werdenden Aufgaben beim sozialistischen Aufbau verlangt ein umfassendes marxistisch-leninistisches Wissen jedes Genossen und der Leitungen, sie verlangt exakte Kenntnisse auf den speziellen Fachgebieten. Die Parteiwahlen müssen dazu beitragen, in der ganzen Parteiorganisation eine Atmosphäre des Lernens zu schaffen. Gegen alle Erscheinungen der Oberflächlichkeit und der Selbstzufriedenheit ist ein energischer Kampf zu führen.

Die gründliche Analyse der Lage auf den einzelnen Gebieten, die Verallgemeinerung der besten Erfahrungen und eine enge Zusammenarbeit mit allen Genossen und Parteileitungen werden den Parteileitungen

helfen, ihre Führungsarbeit zu verbessern.

Die neugewählten Leitungen müssen so zusammengesetzt sein, daß die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe gewährleistet ist. Deshalb müssen die fähigsten Genossen in die Leitungen gewählt werden.

Die Parteiwahlen stellen große Anforderungen an jeden Genossen. Ein jeder muß durch seinen persönlichen Einsatz, durch sein Vorbild dazu beitragen, das Ansehen unserer Partei zu festigen und die Angehörigen der Karl-Marx-Universität noch fester mit der Partei zu verbinden.

Prof. Dr. Boenheim 70 Jahre



Im Namen der Parteiorganisation und aller Angehörigen der Karl-Marx-Universität übermitteln wir unserem Genossen Prof. Dr. Felix Boenheim die herzlichsten Glückwünsche zum 70. Geburtstag, verbunden mit dem Dank für seine jahrzehntelange Tätigkeit als Arzt und Wissenschaftler und seinen aufrechten Kampf gegen Militarismus und Krieg und für die Ideen des Marxismus-Leninismus.

Felix Boenheim gewann schon in seiner Jugend die marxistische Ueberzeugung, von der ihn nichts abbringen kann. Er stand zur Spartakusgruppe und trat gegen den imperialistischen Raubkrieg auf. Nach dem ersten Weltkrieg gehörte er als Mitglied der Bayerischen Räteregierung zu den Vertretern der revolutionären Arbeiterklasse. In der Zeit der Weimarer Republik besuchte er die junge Sowjetunion, studierte deren fortschrittliches Gesundheitswesen und wandte seine reichen Erfahrungen als Direktor des Berliner Hufeland-Krankenhauses an. Der Terror und Druck der Nazis zwangen Genossen Boenheim, gleich vielen anderen die Heimat zu verlassen. Aber auch in der Emigration führte er die antifaschistische Arbeit weiter.

Mit großem Aufbauwillen kehrte er dann 1945 nach Deutschland zurück und half tatkräftig beim Aufbau unserer Republik. Seine Tätigkeit, zuerst als Direktor des Medizinisch-Poliklinischen Instituts der Karl-Marx-Universität und später als Direktor des Karl-Sudhoff-Instituts, war stets darauf gerichtet, das Neue zu fördern und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Neben der wissenschaftlichen Arbeit fand er immer Zeit für eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und war immer bereit, seine Erfahrungen jüngeren Genossen und Kollegen zu vermitteln. Er erfüllte die großen Aufgaben — z. B. die Mitarbeit im Präsidium der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse — genauso wie die tägliche Kleinarbeit. So wurde Prof. Dr. Boenheim zum Vorbild, das auch andere mitriß. Die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens war ein Ausdruck des Dankes für seine beispielhafte wissenschaftliche und politische Arbeit.

Als am letzten Sonntag Genosse Prof. Dr. Boenheim seinen 70. Geburtstag feierte, konnte er auf kampferne Jahre zurückblicken und Wirklichkeit werden, sehen was ihn schon vor über 40 Jahren die Spartakusgruppe lehrte, den Sieg des Sozialismus.

Für seine Arbeit als Arzt und Wissenschaftler, für sein aufrechtes Auftreten für die Sache des Sozialismus gebührt ihm unser Dank. Wir wünschen ihm noch viele Jahre Gesundheit und Schaffenskraft.

Walter Sandring

Die Wurzel des Antisemitismus

Die Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland versuchen mit allen Mitteln, der Welle der internationalen Verständigung und Entspannung entgegenzutreten. Aus diesem Grunde versuchen sie, in Westdeutschland eine nationalistische und



„Aber meine Herren — das muß ein Irrtum sein.“

Aus „Frankfurter Rundschau“

chauvinistische Welle zu entfalten und heben den Antisemitismus wieder in den Sattel.

Die letzten Ursachen für das Auftreten faschistischer Tendenzen in Westdeutschland liegen im imperialistisch-militaristischen System begründet. W. I. Lenin verwies bereits darauf, daß Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie bedeutet und zum ständigen Abbau bürgerlich-demokratischer Freiheiten führt. Imperialismus und Militarismus sind daher gesetzmäßig die Tendenz zum Faschismus eigen. Die kirchlich-militaristische Ideologie reicht den Bonner Machthabern zur Durchfüh-

rung ihres starren Kurses nicht mehr aus und sie bedienen sich deshalb immer mehr der offenen, brutalen faschistischen Ideologie.

Dabei wird versucht, auch in anderen kapitalistischen Ländern faschistische Elemente zu mobilisieren und antisemitische Ausschreitungen zu organisieren.

Die gegenwärtig in Westdeutschland auftretenden antisemitischen Exzesse sind also kein Zufall. Darüber können keine Beteuerungen Adenauers, Brentanos, Schröders u. a. hinwegtäuschen.

Der Antisemitismus ist keine neue Erscheinung. Der Hitlerfaschismus hat ihn zum System des Mordes an Millionen Menschen entwickelt. Aber der Antisemitismus ist viel älter. Stets nahm er in der nationalen Verhetzung der Völker durch die herrschenden Ausbeuterklassen eine besondere Stellung ein. Mehr als einmal waren Judenpogrome in der Vergangenheit das Mittel, vom Erkennen und Wahrnehmen ihrer eigenen Interessen abzuhalten. Der Antisemitismus war stets ein Ausdruck der Herrschaft der jeweils reaktionärsten Kräfte, entsprang nie aus dem Volke, sondern wurde immer künstlich erzeugt. Und neu ist auch nicht, daß die Urheber antisemitischer Ausschreitungen in der Öffentlichkeit Krokodilstränen vergießen und ihre angebliche Unschuld und Empörung beteuern.

Die Bonner Herren erhoffen von der nationalistischen und antisemitischen Welle, die eindeutig faschistischen Charakter trägt, eine Stärkung ihrer Positionen. Aber das er-

weist sich als ein Irrtum. Die Decke,

auf der Adenauer und seine Helfershelfer stehen, wird dadurch nicht stärker. Welche Schichten bilden eigentlich diese Decke? Die Arbeiter, denen durch die Politik der Monopole der Brotkorb immer höher gehängt wird und denen dafür Feierschichten und schlechtere Sozialleistungen beschert werden? Die Bauern, von denen immer mehr durch die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten ruiniert werden? Die Intellektuellen, deren Arbeit für einen neuen Krieg mißbraucht wird, die obendrein von Adenauer als dumme Jungen behandelt werden? Oder vielleicht der Mittelstand, der ebenfalls unter der Steuerlast leidet, von den Monopolen geknebelt wird und dessen Interessen mit denen der Arbeiter verbunden sind? — Alle diese Schichten gehören nicht zu den Trägern des Adenauerregimes. Ja, zu der Decke, die das Bonner Kabinett trägt, gehören noch nicht einmal die kleineren und mittleren Kapitalisten, die sich von der friedlichen Koexistenz mit Recht einen Aufschwung des Handels und der Wirtschaft versprechen. Was übrigbleibt, sind die Imperialisten und Militaristen und ihre Gefolgsleute aus der braunen Zeit, die nur zu gern wieder das Mordhandwerk ausüben möchten.

Aber das sind dieselben Kräfte, die Urheber und Träger des Antisemitismus in Westdeutschland sind.

Und es wird Zeit, endlich mit dem Spuk Schluß zu machen. Ein wichtiger Schritt dazu ist auch der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Deshalb unterstützen wir auch aus diesem Grunde den Vorschlag des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, diese Frage auf der Gipfelkonferenz zu beraten.